



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hammer, Georgstraße 33

P/VI/62

14. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

"Die Flüchtling - die Einheimischer	S. 1
Stalin schickt politische Maschinen nach Paris	S. 3
Grosspolnische Träume	S. 3
Lebensstellung Außenminister	S. 5
Hennicke hinter dem Pflug	S. 6
Eine SPD-Antwort auf den Landsberg-Russel	S. 7

Bedauerliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

(sp) Kiel, im März.

Entgegen den Warnungen aus allen Teilen des Landes hat die Mehrheit des Schleswig-Holsteinischen Landtags, bestehend aus dem bürgerlichen Wahlblock und dem BHE, den SPD-Antrag verworfen, wonach die Vorverlegung der Kommunalwahlen auf den 29. April zurückgezogen werde und es beim planmässigen Wahltermin im Herbst 1952 bleiben sollte. Dr. Bartram hat das dem BHE bei der Bildung der Koalition gegebene Versprechen gehalten. Ob er damit sich selbst, seiner Partei oder dem Land einen Dienst erwiesen hat, bleibt dahingestellt.

Die Antwort ist nicht ausgeblieben. Die im November vorigen Jahres gegründete Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft, eine Vereinigung des heimischen Elements als Gegengewicht gegen den BHE hat sich nun dieser Tage als Schleswig-Holsteinische Wählergemeinschaft (SHW), also als politische Partei konstituiert, mit dem eindeutigen Anspruch, "durch Einreichung von Wahlvorschlägen und Aufstellung von Wahlbewerbern bei Landes-, Kreis- und Gemeindewahlen Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen . . ." und "alle Belange der schleswig-holsteinischen Bevölkerung entsprechend der Eigenart des Landes zu vertreten". Das ist eine Entwicklung, die nicht nur in Schleswig-Holstein selbst zu bedauern ist, wenngleich nicht geleugnet werden kann, daß sie zwangsläufig nach der Gründung des BHE und der vom Wahlblock zusammen mit dem BHE verfolgten Politik kommen musste.

Was die SPD gleichzeitig mit den vorzeitigen Kommunalwahlen verhindern wollte, ist nun dank Bartram und Kraft in verstärkter Masse eingetreten: die Kluft zwischen Einheimischen und Vertriebenen ist weiter aufgerissen worden. Sehr zum Schaden des politischen Lebens, denn in letzter Konsequenz bedeutet die Gründung der SHW nichts anderes als die Unterwerfung echter politischer Gegensätze unter die zumeist sozialpolitischen Aspekte der Vertriebenenpolitik, die Vereinfachung aller politischen und weltanschaulichen Probleme auf die primitive Formel: hier Flüchtling - hier Einheimischer. Unter diesem Schlachtruf soll nun künftig Kommunalpolitik gemacht werden, ja sogar Landespolitik, denn die SHW will auch bei etwaigen Landtagswahlen kandidieren und man spricht heute schon davon, dass der jetzige Landtag den Herbst nicht überleben werde, obwohl er kaum neun Monate alt ist.

Die SHW hat allen Anbietungen des Wahlblocks (CDU, DP und FDP) zum Trotz erklärt, dass sie mit Parteien, die die Forderung des BHE auf Vorverlegung der Kommunalwahlen unterstützt haben, kein Wahlbündnis eingehen werde. Sie will selbständig in die Wahl gehen, und bei der gegenwärtigen Animosität zwischen Einheimischen und Flüchtlingen ist zu erwarten, dass die SHW regen Zulauf aus dem angesprochenen Bevölkerungsteil haben wird. Das wird die Wahlblock-Parteien gegenüber dem BHE noch mehr schwächen, dem BHE aber, der bei den Landtagswahlen nur etwa 35% aller Flüchtlingsstimmen bekam, angesichts der gereizten Stimmung weiteren Zustrom aus Flüchtlingskreisen bringen. Der Ruf nach Aufhebung des Landtags dürfte also nach den Kommunalwahlen neue Nahrung bekommen und er wird nicht zu überhören sein, wenn die Dinge sich so fortentwickeln. Die Kommunalwahlen werden so zu einem Sprengstoff, der eines Tages mehr sprengen wird als die Koalition Wahlblock-BHE.

+ + +

Dr. Schumacher spricht in Kiel

(sp) Dr. Kurt Schumacher wird am Sonntag, dem 18.3., mittags, in Kiel eine Pressekonferenz veranstalten und am Nachmittag auf einer Grosskundgebung sprechen.

Für Dienstag, den 20.3. ist eine Pressebesprechung und für Mittwoch, den 21.3. eine Grosskundgebung in Hamburg vorgesehen.

+ + +

Sowjet-Propaganda: " . . . um 20 Jahre zurück"

A.F. Paris, im März.

Die sonst recht eintönige und nur die Bauern interessierende internationale Landwirtschaftsausstellung in Paris hatte dieses Jahr eine kleine, politische Sensation. Zum ersten Mal wurde eine erstaunlich grosse Anzahl sowjetischer Landwirtschaftsmaschinen nach Paris gebracht, die alle mit besonderer Propagandaliebe umgeben wurden. Eine geschlossene, besonders errichtete Ausstellungshalle zeigte den französischen Bauern Portraits von Stalin und Lenin in sowjetischem Grossformat, und auch der rote Fahnenwall fehlte nicht.

Da die ausgestellten Maschinen von den französischen Landwirten erstens aus Devisengründen nicht gekauft werden können und zweitens für die französischen Verhältnisse überhaupt nicht geeignet sind - es handelte sich meistens um Riesenmodelle für die russische Steppe - verfolgte die Sowjet-Union mit ihrer Beteiligung an der Pariser Ausstellung ganz offensichtlich ein propagandistisches Ziel. Selbstverständlich stand alles unter der bekannten Friedensparole, mit dem Motto: "Ein Land, das derartige Maschinen baut, hat keine Zeit, sich mit Waffenfabrikation zu befassen".

Um den Besuchern der Ausstellung die Möglichkeit zu geben, ihre Bewunderung für die Sowjet-Union schriftlich niederzulegen, lagen mehrere "goldene Bücher" auf, in denen der Besucher seine Eindrücke verewigen konnte. Einer der Besucher verewigte sich mit folgender Bemerkung: "Ausgezeichnete Maschinen, aber eine technische Verspätung von 20 bis 25 Jahren".

+ + +

Neue Träume von einem Gross-Polen

W. Die polnische Emigration in London hat in der letzten Zeit eine Aktivität entfaltet, die genau in der Richtung des alten, durch die Geschichte so oft widerlegten polnischen Imperialismus verläuft. Sie hat dabei von der Stellung, die sie vor den übrigen mittel- und osteuropäischen Emigrationen voraus hat - weil sie allein über eine Exilregierung und nicht unbedeutende Geldmittel verfügt - zu profitieren gesucht und einen Plan vorgelegt, der zwar durchaus

utopisch ist, von ihr aber trotzdem für geeignet gehalten wird, jenem anderen, realistischeren Plane entgegenzuwirken, der aus dem sudetendeutsch-tschechischen Lager kommt.

Mit dem sogenannten Prohala-Abkommen und der Bildung eines sudetendeutsch-tschechischen Föderativausschusses war für die mitteleuropäische Zwischenzone zum ersten Mal ein Organisationsversuch unternommen, der nicht das unhaltbar Gewesene wiederherzustellen sucht. Dieser Versuch erhielt bald Unterstützung aus anderen Lagern. Zunächst, was sehr wichtig war, von weiteren Teilen der tschechischen Emigration. Der in Washington für eine Wiederherstellung der alten Tschechoslowakei, für eine Verewigung des Austreibungsverbrechens und eine Erneuerung der Zusammenarbeit mit den Kommunisten agitierende "Rat der freien Tschechoslowakei" hat sich gespalten. Seine Führungsqlique (Zenkl, Ripka usw.) erlitt nach tagelangen heftigen Auseinandersetzungen bei der Schlussabstimmung eine Niederlage und hat daraufhin unter dem Namen "Nationalausschuss der freien Tschechoslowakei" eine neue Gruppe konstituiert, in der sie die alten deutschfeindlichen und kommunistenfreundlichen Ziele weiter verfolgen will. Daneben beginnt sich aber eine dritte tschechische Emigrantengruppe zu bilden, die sich aus ehemaligen Mitgliedern der klerikalen, der agrarischen und der nationaldemokratischen Partei sowie einigen Sozialdemokraten zusammensetzt. Sie erklärt, von dem Austreibungsverbrechen nicht belastet zu sein und hat eine erste Fühlung mit dem sudetendeutsch-tschechischen Föderativausschuss gesucht. Die Grundsätze dieses Ausschusses - Abkehr von der Potsdamer Austreibungsklausel, Bereitschaft zur Wiedergutmachung und klare Front gegen den Kommunismus - wurden ihnen als Forderung vorgelegt; man hält eine Einigung mit ihnen nicht für unmöglich.

Der polnische Plan nun sieht ein "Gross-Polen" vor, das von den baltischen Ländern bis zum Schwarzen Meer reichen und im Osten die heute von den Sowjets annektierten Gebiete zurückfordern, gleichzeitig aber im Westen die deutschen Gebiete hinter Oder und Neisse behalten möchte. An slowakische und ungarische Emigranten ist der polnische Hegemonieplan bereits herangetragen worden. Dem Westen sucht man ihn mit der Behauptung schmackhaft zu machen, dass nur ein so verstärktes und vergrößertes Polen in Zukunft die Rolle spielen könne, in der das Polen von 1918 - weil es "zu klein" war - versagt habe. Nur ein Gross-Polen könne Deutschland und die Sowjetunion

auf die Dauer auseinanderhalten und jede Zusammenarbeit zwischen ihnen unmöglich machen. Den Franzosen bietet man wieder "Rückendeckung gegen Deutschland" und auf die Engländer sucht man mit der Beteuerung Eindruck zu machen, dass man bereit sei, in diesem Gross-Polen das Englische zur offiziellen Sprache zu machen.

So phantastisch ein solcher Plan ist - jeder Blick auf die Geschichte beweist seine Unhaltbarkeit, sowohl nach dem Westen als auch nach dem Osten. Die Polen haben ihre diplomatische Tätigkeit verstärkt, sie richten in den westlichen Hauptstädten Missionen ein und suchen ihre Landsleute wieder straffer an sich zu ziehen. Ihre Verbindungen sind gut, ihr politisches Geschick ist beträchtlich.

+ + +

Lebensstellung Aussenminister

-x. Die "ein"-stimmige Wahl des Bundeskanzlers zum Aussenminister begleitete der Wähler und Gewählte (in einer Person) selbst mit der Bemerkung: "Nur bis zur Erreichung der vollen Souveränität der Bundesrepublik".

Wie bescheiden! Es ist dieselbe Bescheidenheit, die aussenpolitische Erfolge schon immer mit Feststellungen vorwegnahm wie, die Bundesregierung sei mit dem Ergebnis der Konferenz von - London, Washington usw. - ausserordentlich zufrieden. Das deutsche Volk hat solche Feststellungen nicht immer verstanden, auch nicht die Bescheidenheit, mit der die später eintretenden Rückschläge verschwiegen oder verniedlicht wurden. Nun waren zwar diese Rückschläge gar keine sachlichen Rückschläge, sondern nur psychologische infolge der falschen Interpretation der Konferenzergebnisse durch die Bundesregierung, die sich um ihrer fiktiven Erfolge willen stets auf den erhofften "Geist der Verträge" und nicht auf ihren Wortlaut bezog.

Aber nun wird das Volk endlich begreifen. Wenn man danach strebt, bis zur Erreichung der vollen Souveränität Westdeutschlands Aussenminister zu bleiben, dann hat man bei der aussenpolitischen Rührigkeit der Bundesregierung und dem Tempo der deutschen Erfolge im Ausland nichts zu befürchten. Der Posten ist eine Lebensstellung. Die Kalkulation hat jedoch eine Unbekannte: die nächsten Wahlen. Spätestens bei der nächsten Bundestagswahl wird die Personalunion zwischen Bundeskanzleramt und Aussenministerium dem Wählerentscheid zum Opfer fallen, wenn sie nicht schon vorher ein Opfer unfreundlicher Koalitionsgespräche wird.

+ + +

Hennecke hinter dem Pflug

(sp) Seit neuestem gibt es in der Ostzone "Meisterbauern" und "Meister hoher Ernteerträge". Es sind die Hennecke der Ackerschelle. Nach Ansicht der landwirtschaftlichen SED-Funktionäre liegen in der Ostzonen-Landwirtschaft noch ungeheure Reserven brach. Um weit höhere Ernten als bisher zu erzielen, ist nur eine "fortschrittliche Anbaumethode und Arbeitseinstellung" notwendig. Zu diesem Zweck wurde die Bewegung der "Meisterbauern" in Szene gesetzt. Diese von der SED geköderten "Meisterbauern" sollen sich verpflichten, die im "Fünfjahrplan" geforderten Hektarerträge in ihren Wirtschaften bereits in diesem Jahr zu erfüllen. Der Zweck liegt auf der Hand. Durch die "Meisterleistungen" der bäuerlichen Aktivisten, die unter der Hand mit besseren Saatgut- und Düngemittelzuteilungen versehen werden, soll die Masse der Ostzonen-Bauern zu noch höheren Arbeitsleistungen angetrieben werden. Für die notwendige Staatskontrolle wird entsprechend gesorgt.

Zur "Unterstützung der Frühjahrsbestellung" hat beispielsweise die Landesregierung Sachsen in 30 Kreisen des Landes mit besonderen Vollmachten ausgestattete Instruktoren eingesetzt. Sie haben die Aufgabe, die Anbaupläne und die "Dorfwirtschaftspläne" zu überprüfen, wieweit sie gegenüber dem Vorjahre höhere Ernteerträge vorsehen. Gleichzeitig sollen diese Instruktoren durch "operative Anleitung" die Frühjahrsbestellung "qualitativ auf ein höheres Niveau bringen".

Zu diesem Zweck haben sich alle bäuerlichen Betriebe und die staatlichen "Maschinen-Ausleih-Stationen" (MAS) des "Schnell-Pflugverfahrens" zu bedienen. Das heißt, dass die Pflugarbeiten mit einem Zwei- oder Dreischarpflug im dritten und vierten Gang des Traktors durchzuführen sind. Wie die Bodenbearbeitung bei einem derartigen Tempo aussehen wird, ist selbst einem Laien klar. Darüber hinaus werden alle MAS verpflichtet, das Zweischichtensystem mit Wettbewerbsverfahren einzuführen, um dadurch wenigstens zu einem Teil die Arbeitsverträge mit den völlig maschinen- und zugkraftarmen Neubauern erledigen zu können.

Bisher hat die ostzonale Agrarpolitik das Gegenteil ihrer Absichten erreicht. Unentwegt wächst die Zahl der Neu- und auch der Altbauern, die ihre Höfe unter dem harten Zwang der Verhältnisse verlassen. Nach offiziellen Ermittlungen sind bis heute über 300.000

14.3.1951.

Hektar in der Ostzone herrenlos geworden. Kein Bauer interessiert sich für diese Flächen. Bei Vergrößerung ihrer Betriebsfläche müssten die Bauern sofort progressiv steigende Mengen abliefern. Kein Bauer in der Ostzone hat daher den Ehrgeiz, irgendwelches Land hinzuzupachten.

Andererseits nimmt entsprechend der russischen Entwicklung die Konzentration "volkseigener" Güter stärker zu. Je acht Staatsgüter sollen künftig zu "Wirtschaftskombinaten" zusammengefasst werden. Sie unterstehen dann direkt dem Agrarministerium. Die Tage der Neubauern sind unter diesem Aspekt ebenfalls gezählt. Schon heute bilden die MAs das eigentliche Zentrum im Dorf, von dem die "Demokratisierung des Dorfes" in der Ostzone ausgeht. Die nächste Etappe ist nicht schwer zu erraten.

+ + +

Eine SPD-Antwort auf den Landsberg-Rummel

(rp) Prinzessin Helene Elisabeth von Isenburg hat sich an den Bundestagsabgeordneten Fritz Erler (SPD) mit einer Entschliessung gewandt, die sich erneut für die zum Tode verurteilten sieben Landsberger Häftlinge einsetzt. In seiner Antwort an die Prinzessin bezieht sich Fritz Erler auf die seinerzeitige Intervention des Ausschusses des Bundestages sowie die Entscheidung des Hohen Kommissars und schreibt sodann:

"Es gibt nur ein Argument gegen diese Entscheidung des Hohen Kommissars: das ist das Grundgesetz und die damit zum Ausdruck kommende grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Todesstrafe. Alle anderen Argumente, die wir jetzt zu hören bekommen, sind dem Ansehen unseres Volkes nicht nützlich, sondern in höchstem Masse abträglich und werden wahrscheinlich nicht einmal für die Verurteilten selbst von Nutzen sein. Ich frage den Kreis, der sich jetzt hier unter Ihrer Führung zusammen geschlossen hat, um für Menschen wie Pohl und Ohlendorf auf eine Art Anspruch auf Strafmilderung zu bestehen, was er unternommen hat gegen die Schreckensherrschaft des Dritten Reiches, das seinerseits Hunderttausende von Menschen aller Völker, und zwar auch und gerade des deutschen Volkes, kaltblütig hingemordet hat? Was haben Sie, Frau von Isenburg, bei den Verurteilten Pohl und Ohlendorf seinerzeit unternommen, um deren Opfer vor dem Tode zu bewahren? Solange Sie mir diese Frage nicht eindeutig beantworten können, solange gegen die Todesstrafe nur dann gekämpft wird, wenn es sich um Verbrecher in den Reihen des eigenen Volkes handelt, aber nicht gekämpft werden ist, als es sich um die Opfer der Verbrecher handelte, solange spreche ich Ihnen die Berechtigung ab, in dieser Frage fürderhin unsere Öffentlichkeit in höchst unerfreulicher Weise zu behelligen".

+ + +

SPD-Telegramm zum Streik in Barcelona

(sp) Der Parteivorstand der SPD hat an den in Frankreich im Exil lebenden Generalsekretär der spanischen sozialistischen Partei, Rodolfo Llopis, folgendes Telegramm abgesandt:

"Anlässlich Generalstreik in Barcelona übermitteln Vorstand und Bundestagsfraktion der SPD brüderliche Grüsse und Wünsche zum erfolgreichen Gelingen. Die deutsche Arbeiterbewegung verfolgt mit Sympathie und solidarischer Anteilnahme Kampf für ein freies demokratisches Spanien.

Kurt Schumacker, Erich Ollenhauer".